

Titelthema

Gescheitert



© Illustration: Thomas Fuchs

Ist islamischer Religionsunterricht ein Mittel der Integration? Ein Plädoyer für mehr Laizität und einen verpflichtenden Unterricht zu den Weltreligionen

Susanne Schröter

01.02.2021

Die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 markieren einen Wendepunkt in der neueren Geschichte des Islam. Während es Dschihadisten zuvor darum ging, die eigenen Regierungen zu stürzen, erklärten sie jetzt der westlichen Welt den Krieg. Das betraf auch die Länder Europas, in denen die Muslime in Folge einer starken Migrationsbewegung so zahlreich geworden waren, dass sie jetzt selbst dschihadistische Zellen ausbilden konnten. Das Attentat auf das Welthandelszentrum wurde maßgeblich von muslimischen Studenten in Hamburg geplant und die Tat selbst löste in vielen Moscheen Beifallsbekundungen aus. Auch in Deutschland. Vertreter muslimischer Organisationen hingegen beklagten, dass man sie unter Generalverdacht stelle.

Für viele Politiker zeigte dies, dass die Integration nicht so verlief wie erwartet und daher ein dringender Handlungsbedarf bestünde. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD des Jahres 2005 kündigte man eine Verstärkung des interreligiösen Dialogs an, um Extremismus vorzubeugen und die Integration zu fördern. Muslime wurden explizit als Zielgruppe genannt. Das wichtigste Instrumentarium dieser Absichtserklärung wurde die Deutsche Islamkonferenz, die im September 2006 unter Federführung des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble ihre Arbeit aufnahm. Seitdem hat sich vieles getan. Moscheegemeinden und muslimische Verbände erhielten Projektförderungen in beträchtlicher Höhe, auf Länderebene schuf man

Foren, um Muslimen eine privilegierte politische Teilhabe zu ermöglichen und an mehreren staatlichen Universitäten wurden Lehrstühle für islamische Theologie sowie personell gut aufgestellte islamische Zentren eingerichtet. In diesen Zentren soll vor allem Lehrpersonal für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht ausgebildet werden. Von diesem erwartet man viel, denn die bisherigen Maßnahmen der Extremismusprävention, die in Folge der mittlerweile fest etablierten Islamkonferenzen durchgeführt wurden, haben sich als weitgehend erfolglos erwiesen.

Junge Muslime, darunter auch viele Frauen, haben sich terroristischen Organisationen angeschlossen, in vielen Moscheen wird Hass auf „Ungläubige“ gepredigt und in Schulen verkünden muslimische Kinder, dass es gerechtfertigt sei, einen Menschen zu enthaupten, wenn dieser ihren Propheten beleidigt habe. Gegen solche Auswüchse soll der islamische Religionsunterricht helfen. Man hofft, dass die Lehrer den Schülern mit theologischer Autorität erklären, dass der Islam Gewalt ablehne und für Toleranz und Barmherzigkeit stehe.

Unter Extremismusverdacht

Bei der Umsetzung des Vorhabens wollte man eigentlich so vorgehen, wie es sich zwischen christlichen sowie später auch jüdischen Religionsgemeinschaften und dem Staat nach dem Vorgaben der Weimarer Reichsverfassung von 1919 bewährt hatte: An den Universitäten wird in Zusammenarbeit mit einer Religionsgemeinschaft, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt, ein Curriculum entwickelt, und später erteilt diese Religionsgemeinschaft dann den künftigen Religionslehrern die Lehrerlaubnis. Im Falle der muslimischen Gemeinschaften besteht allerdings das Problem, dass sie mit Ausnahme der Ahmadiyya Muslim Jamaat keinen Körperschaftsstatus besitzen und auch nicht als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Dafür gibt es gute Gründe. Etliche von ihnen sind eher landsmannschaftlich oder politisch verfasst, in starkem Maße auslandsabhängig und vertreten einen Islam, der alles andere als tolerant und integrativ ist.

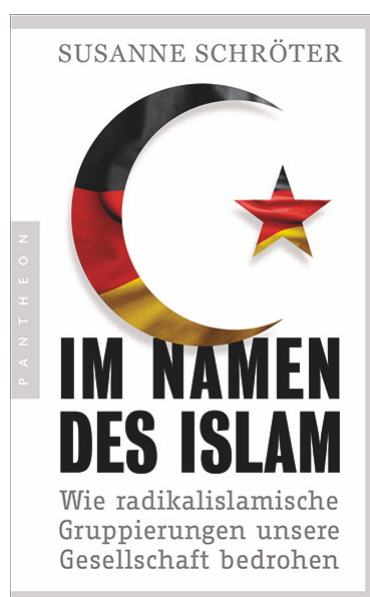
Ein Beispiel ist die DITIB, der mitgliederstärkste muslimische Dachverband, der nach eigenen Angaben über etwa 1000 Moscheen verfügt. In Hessen war sie von 2013-2020 Partnerin der Landesregierung beim islamischen Religionsunterricht, obwohl sie keinen Körperschaftsstatus besaß. Nach einigen Vorfällen, dabei unter anderem antisemitischen und antichristlichen Einträgen auf Webseiten, der Verherrlichung des Märtyrertums in Freitagspredigten, dem Verdacht auf Spitzeltätigkeiten für den türkischen Geheimdienst und offensiver Kriegspropaganda, die sogar szenisch durch Kinder dargestellt wurde, kamen Zweifel auf, ob sie die richtige Partnerin für ein so wichtiges Projekt sei. Wissenschaftliche Gutachten wurden eingeholt und schließlich setzte der Kultusminister die Kooperation im Jahr 2020 aus. In anderen Bundesländern will man es weiter mit der DITIB versuchen, obwohl mittlerweile bekannt ist, dass sie von der türkischen Religionsbehörde kontrolliert wird und vom türkischen Präsidenten Erdogan als Mittel zur Fortführung seiner Politik in Deutschland genutzt wird.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Hansestadt Hamburg. Dort plant der Senat den zukünftigen islamischen Religionsunterricht nicht nur zusammen mit der DITIB, sondern auch mit einem Schura genannten Zusammenschluss muslimischer Gemeinden, zu denen unter anderem das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) und die Imam-Ali-Moschee gehören. Beide sind in der Vergangenheit wegen antisemitischer Umtriebe in öffentliche Kritik geraten. Das IZH ist zudem die größte Dependence des iranischen Regimes in Europa und wird vom Verfassungsschutz wegen Extremismusverdachts beobachtet. Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden.

In keinem Bundesland sind die für den Religionsunterricht vorgesehenen Kooperationspartner bislang dadurch aufgefallen, dass sie einen modernen textkritischen Islam vertreten, wie er teilweise bereits an den Universitäten gelehrt wird. Im Gegenteil: Als der in Münster lehrende Professor Mouhanad Khorchide die Liebe Gottes in den Mittelpunkt seiner zeitgemäßen Religionsauslegung stellte, beschuldigte man ihn der Häresie. Mit Recht wird daher befürchtet, dass es in staatlichen Schulen zu einer Einflussnahme durch Organisationen kommt, die eher durch ihre Wagenburgmentalität, einen halsstarrigen Fundamentalismus und die weitgehende Ablehnung von Integration aufgefallen sind.

Liberalen muslimischen Intellektuelle wie Seyran Ates, Ahmad Mansour, Lale Akgün, Hamed Abdel-Samad und Necla Kelek sehen in der Fokussierung auf Religion ohnehin einen falschen Ansatz. Sie fürchten, dass demokratische Rechte durch islamistische Akteure in Gefahr geraten. Schon jetzt nähme der Druck auf Mädchen und junge Frauen aus muslimischen Familien zu, würden patriarchalische Normen als gottgewollt durchgesetzt, finde religiöses Mobbing in Schulen statt. Deshalb wünschen sie sich von der Politik mehr Laizität und in der Schule einen verpflichtenden Ethikunterricht, in dem alle Weltreligionen ebenso wie weltliche Philosophien unterrichtet werden.

Buchtipps



© Pantheon Verlag

Susanne Schröter

***Im Namen des Islam: Wie radikal-islamische Gruppierungen
unsere Gesellschaft bedrohen***

Pantheon Verlag, 384 Seiten,

16 Euro, erscheint am 26. April 2021